

Nicht nur landesweit von Interesse: Anfänge und politische Standortbestimmung der Parteien in Nordrhein-Westfalen

VON REINHART STRECKE

Obwohl bei Gründung der Bundesrepublik die zur Wahl stehenden Parteien zum Teil schon seit einigen Jahren bestanden, war nach wie vor offen, in welchem Verhältnis zueinander sich ihre Wirkungsmöglichkeiten entwickeln würden. Der erste Bundestag zählte neben Parteilosen und dem Abgeordneten des Südschleswigschen Wählerverbandes allein acht Fraktionen. Die neben Union, SPD und FDP im nachhinein nur noch als „Sonstige“ zusammengefaßten Parteien repräsentierten immerhin 27,9% der Wählerstimmen. Die weitere Entwicklung ließ sich umso weniger abschätzen, als die Stimmenverhältnisse in den einzelnen Bundesländern mitunter stark voneinander abwichen. Für die CDU ergaben sich in Hamburg, Bremen und Niedersachsen lediglich 16 bis 19%, während sie im Bundesdurchschnitt 31% erhalten hatte. Umgekehrt waren im Bundestag Parteien vertreten, die nicht bundesweit kandidiert hatten, umso stärker aber in einzelnen Bundesländern erfolgreich abschneiden konnten. Diese Unterschiede lassen sich sowohl auf überkommene regionale Besonderheiten zurückführen wie auch durch die zunächst allein auf die einzelnen Besatzungszonen beschränkten parteiorganisatorischen Möglichkeiten erklären (Abb. 6.1). Hinzu kam, daß infolge der anfangs offenen Frage einer Wiedervereinigung auch über Aufbau und Entwicklung der Parteien entscheidende Weichenstellungen eher zurückgestellt blieben (Abb. 6.2). Für die Herausbildung des bundesdeutschen Parteiensystems war es daher nicht unerheblich, zu welchem Selbstverständnis die Parteien in den einzelnen Bundesländern fanden und inwieweit damit weiterreichende Vorentscheidungen gegeben waren.

I.

Die Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen faßte zwei ehemals preußische Provinzen zusammen, die sich bis 1933 in weiten Teilen als Hochburgen des Zentrums, der parteipolitischen Organisation des deutschen Katholizismus, erwiesen hatten. Infolgedessen hatte denn auch gerade hier schon bald nach dem Einmarsch der Alliierten und unabhängig von der noch ausstehenden künftigen staatlichen Neuordnung die weitere Zukunft des politischen Katholizismus zur Diskussion gestanden: Neugründung der alten Zentrumsparterie mit Beschränkung auf eine katholische Wählerschaft oder, um den politischen Katholizismus aus seiner bisherigen Minoritätsposition im deutschen Parteiensystem herauszuführen, Bildung einer neuen überkonfessionellen Volkspartei. Welche Dringlichkeit dieser Entscheidung beigemessen wurde, läßt sich jedenfalls daran ersehen, daß die zunächst in einzelnen Gesprächskreisen angestellten Überlegungen bereits am 2. September 1945 zur Gründung einer christlich-demokratischen Partei (CDP) führten und zwar in Köln für das Rheinland, in Bochum für Westfalen. Welche Entwicklung diese Neugründung jedoch nehmen würde, hing zunächst von ihrer endgültigen politischen Standortbestimmung ab. Daß diese nicht von vornherein vorgegeben war, lassen entsprechende parteiinterne Kontroversen erkennen. Ihr Ausgang entschied mit darüber, inwieweit die christlich-demokratische Konzeption nicht wie vergleichbare frühere Ansätze in der Weimarer Zeit einmal mehr zum Scheitern verurteilt war, sondern die Möglichkeit zu einem erfolgsversprechenden Zusammen-

I

PROGRAMME OF THE LIBERAL-DEMOCRATIC PARTY .

In hard times the Liberal-Democratic Party is inviting our Nation to co-operation for the democratic reconstruction of the German Home-Country.

Non-political mind and selfishness, defective comprehension for the necessities of the working class, estrangement from the Eternal Power of Christian Cogitation and from Idealism, narrow-minded National Socialism and Military Jingoism, separation from the spiritual-democratic Wordly Powers and from the International Interchange of Commodities have wasted the Heritage of a great liberal Past.

On the basis of the errors of the treaty of Versaille from 1919 and of the inflation carried by the wicked material and selfish powers, which led to an intended expropriation of the most valuable classes of our Nation, of the lack of protection of the democratic arrangements of the Constitution of Weimar and of an irresponsible and restraintless opposition the chimera of National Socialism had its origin and the greatest and most cruel demagogue of all times, Adolf Hitler, came to Power. Falsehood and deceit, breach of treatie and treachery against States and Nations and last not least against the own Nation have brought him fictitious success. The blame and fatality of giving credence by extended circles of the people to this "success" find expression in the unspeakable misery we are in at present time.

The German Nation has to drain the bitter cup to the dregs.now. The Liberal-Democratic Party truly will help the German Nation in this hardest time of temptation; the Party is regarding this as its only task to serve and to help the Nation. Reconciliation and intern unity are for the Party the basis of internal and external reconstruction.

On principle the Liberal-Democratic Party wants:

schluß all derjenigen eröffnete, die zwar in dem übergeordneten Ziel einer politischen Zusammenarbeit von Protestanten und Katholiken gleichgesinnt, in ihren konkreten politischen Absichten aber noch unterschiedlich ausgerichtet waren.

Die programmatischen Aussagen blieben zunächst jedoch wenig verbindlich. Britische Besatzungsherrschaft und fehlender politischer Handlungsspielraum ließen etwaige konkrete gesellschaftspolitische Divergenzen noch kaum offen zu Tage treten, und der späteren grundsätzlichen, namentlich in Konrad Adenauer und Karl Arnold personalisierten Auseinandersetzung ging voraus, daß sich gerade Arnold um die Mitarbeit des anfangs sich zurückhaltenden Adenauers bemüht hatte. Vom Namen dieses seit der Weimarer Zeit bekannten Zentrums politiklers versprach sich die in der Bevölkerung noch weitgehend unbekannte Neugründung CDP zusätzliche Resonanz. Auf ihrer Gründungsversammlung wurde er – obwohl nicht anwesend – auf Betreiben Arnolds in den vorläufigen Vorstand gewählt. Einmal

aber der CDU, wie der Parteiname seit Dezember 1945 lautete, zugehörig, strebte Adenauer zielbewußt nach maßgeblichem Einfluß. War seine ursprüngliche Zurückhaltung durch kommunalpolitische Präferenzen bedingt, so verlagerte sich sein Interesse nach der Absetzung als Oberbürgermeister von Köln zunehmend auf „die große Politik“. Obwohl zeitweise mit einem Verbot jeglicher politischen Tätigkeit belegt, verstand er es nach dessen Aufhebung, sich innerhalb von zwei Monaten in entscheidende Parteiämter wählen zu lassen. Er wurde Sprecher der fünf rheinischen Mitglieder des CDU-Zonenausschusses und leitete auch dessen erste Tagung am 22. Januar 1946 in Herford. Am 5. Februar 1946 wurde er in Krefeld zum Vorsitzenden der rheinischen CDU und am 1. März 1946 in Neheim-Hüsten zum Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone gewählt.

Nach den einzelnen Gründungsansätzen und ersten programmatischen Aussagen hatte bereits Ende 1945 ein Reichstreffen der regionalen CDU-Gruppen zu einem ersten Konsens geführt. Demnach kam der



117 Abb. 6.2 SPD, Sitz der Parteileitung („Baracke“) 1956

Verpflichtung zu einem „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ durchaus der Charakter eines verbindlichen Grundsatzes zu, an dem seit den „Kölner Leitsätzen“ insbesondere auch führenden Christdemokraten in Rheinland und Westfalen gelegen war. Entsprechend waren beispielsweise im „Vorläufigen Programm“ der Düsseldorfer CDP vom Sommer 1945 Forderungen nach wirtschaftsdemokratischen Institutionen konkretisiert und etwa die Einrichtung „paritätisch zusammengesetzter Körperschaften“ im Bereich der wirtschaftlichen Selbstverwaltung vorgesehen. Auch Überlegungen zur Wirtschaftsplanung und -lenkung standen zur Diskussion, die stark von ehemaligen christlichen Gewerkschaftern bestimmt wurde.

Um so mehr überraschte Adenauer, als er den Zonenausschuß in Neheim-Hüsten mit dem eigenen Entwurf eines neuen Programms konfrontierte und auf dessen Verabschiedung drängte, ohne zuvor die Landesvorstände oder die eigens hierzu eingesetzte Kommission konsultiert zu haben. Davon überzeugt, daß zu deutliche Sozialisierungstendenzen allzuleicht wieder zu einer Parteispaltung hätten führen können, hatte er vor allem die wirtschafts- und sozialpolitischen Aussagen wesentlich zurückhaltender abgefaßt. In einem Kompromiß wurde zwar im nachhinein die „Vergesellschaftung von Teilen der Wirtschaft“ als Programmpunkt beibehalten, ihre Realisierung aber als „zur Zeit nicht praktisch“ angesehen und somit zunächst ausgesetzt. Damit war nicht nur das erste regionale Parteiprogramm verabschiedet, sondern auch den anfänglichen Intentionen grundlegender wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Reformen deutlich Einhalt geboten worden. Zunächst angesichts der nach 1945 verbreiteten antikapitalistischen Grundstimmung eher zurückgenommene liberal-konservative und liberal-marktwirtschaftliche Positionen ließen sich nunmehr wieder behaupten. Eine Kräfteverschiebung zuungunsten des Gewerkschaftsflügels zeichnete sich ab. Um weitere Sozialisierungsdebatten zu vermeiden, galt es jetzt, die Partei grundsätzlich auf die Unverein-

barkeit von Sozialismus und Christentum festzulegen. Unmißverständlich bezog Adenauer in dieser Frage Stellung und warnte nun davor, „im Sozialismus schlechthin etwas Tragbares zu sehen“. Zu den profiliertesten Vertretern eines christlichen Sozialismus zählte aber Karl Arnold, und die sich gleichsam stellvertretend in der CDU der britischen Zone zwischen ihm und Adenauer zuspitzende Auseinandersetzung sollte in ihren Ergebnissen nicht ohne Auswirkung auf die weitere Entwicklung der Partei insgesamt bleiben. Doch einigte man sich zunächst, die grundsätzlichen Differenzen angesichts der bevorstehenden ersten freien Kommunalwahlen in der britischen Zone zurückzustellen.

Adenauers auch wahltaktisch ausgerichtete Einstellung („Mit dem Wort Sozialismus gewinnen wir fünf Menschen, und 20 laufen weg.“) fand sich durch die Kommunalwahlergebnisse vom Herbst 1946 bestätigt, die die CDU mit 46 % eindeutig als stärkste Partei ausgewiesen, was wiederum seine Vorrangstellung in der Partei festigte. Gleichwohl nahm die innerparteiliche Kontroverse in der Frage des ökonomischen und gesellschaftspolitischen Neuaufbaus zu, zumal als im Oktober 1946 die britischen Sozialisierungspläne für das Ruhrgebiet bekannt wurden, Ende des Jahres dann von der KPD im ernannten Landtag ein Gesetzentwurf zur Enteignung des Stein- und Braunkohlebergbaus eingebracht und wenig später schließlich von der SPD die Überführung der Kohlebergwerke in Gemeinwirtschaft gefordert wurde. Wollte die CDU nicht Gefahr laufen, hierbei ins Abseits zu geraten und dabei den eigenen Zusammenhalt zu gefährden, blieb es unumgänglich, die eigenen vielfältigen wirtschaftspolitischen Vorstellungen innerparteilich abzustimmen und auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Er wurde schließlich in dem Anfang Februar 1947 in Ahlen verabschiedeten Wirtschaftsprogramm gefunden, das – im nachhinein besehen – die neue Partei wirksam integrierte. In einem ersten Teil griff es im wesentlichen die schon in Neheim-Hüsten formulierten Forderungen nach „Bedarfs-

deckung“ und nach Freiheit der Person auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet auf. Der zweite Teil suchte einen tragfähigen Kompromiß zwischen „Staatswirtschaft“ und „privatem Kapitalismus“. Mittels Einführung des „machtverteilenden Prinzips“ sollte „jede mit dem Gemeinwohl unverträgliche Beherrschung wesentlicher Wirtschaftszweige durch den Staat, Privatpersonen oder Gruppen“ ausgeschlossen werden. Innerhalb dieser gesetzten Grenzen blieb „rechtmäßig erworbenes Eigentum“ geschützt. Der dritte Teil des Programms schließlich galt der Mitbestimmung der Arbeitnehmer, denen in größeren Betrieben Gelegenheit zur Mitwirkung „an grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung“ zugesichert wurde (Abb. 6.3).

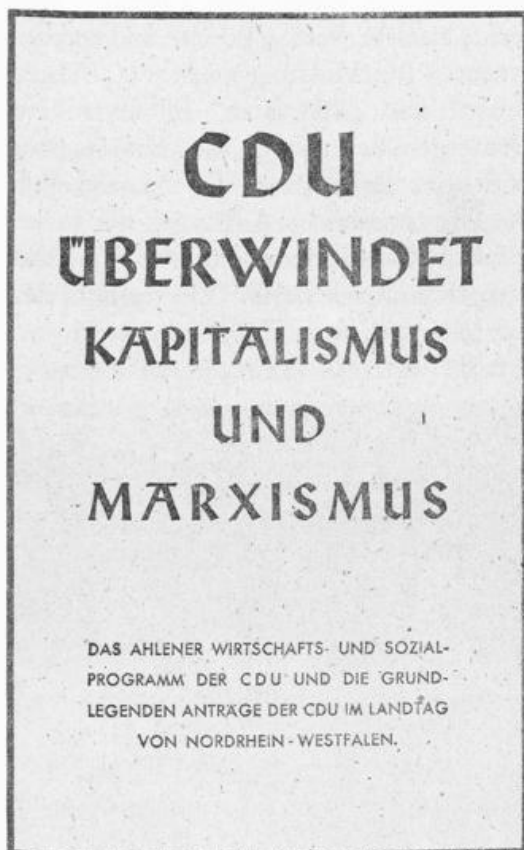


Abb. 6.3 Ahlener Programm der CDU 1947

Das Ahlener Programm ermöglichte es der Partei, sich gegenüber den konkurrierenden Parteien, namentlich dem Zentrum und der Sozialdemokratie, abzugrenzen, ohne als

sozial rückschrittlich dazustehen. Wie unterschiedlich Gewerkschafts- und rechter Flügel dieses Programm auch auslegten, für die Außendarstellung einer in sich geschlossenen Union war es nur förderlich. Adenauer fand sich nunmehr sogar auf einer Tagung der Sozialausschüsse der CDU der britischen Zone nicht nur als „Führer der CDU im Ganzen, sondern auch als der Mann der christlichen Arbeiterschaft im Besonderen“ anerkannt.

Neuere Untersuchungen heben denn auch zunehmend mehr auf die politisch-strategische Bedeutung dieses Programms als auf dessen programmatische Inhalte ab. „Das Programm ist eine Mischung von katholischem Solidarismus, liberaler Marktwirtschaft und sozialistischen Elementen, ein System von Theoremen, das nach allen Seiten hin veränderlich war; wodurch es sich vorzüglich als Instrument des Wahlkampfes eignete“ (Hüttenberger). Auch wenn die innerparteiliche Kontroverse zur Frage des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Neuaufbaus kein Spezifikum der rheinisch-westfälischen Landesverbände war, so hatte doch die dort geführte Auseinandersetzung gleichsam paradigmatisch die Möglichkeiten eines den unterschiedlichen Gruppierungen zumutbaren Kompromisses durchgespielt. Die Diskussion war faktisch ausgestanden, als nach Währungsreform, Marshall-Plan und Lockerung der Bewirtschaftung (Höchstpreisbindung) die Düsseldorfer Leitsätze vom Juli 1949 die Partei auf den Grundsatz der sozialen Marktwirtschaft festlegten. Was in einem früheren Stadium noch als Abkehr von gemeinwirtschaftlichen Prinzipien verstanden worden wäre und somit auch innerparteilich entschiedenen Widerspruch hervorgerufen hätte, wurde nun als zeitgemäße Fortschreibung des Ahlener Programms empfunden. Ohne weiteres wurden die Düsseldorfer Leitsätze akzeptiert und in selbstbewußter Abgrenzung vor allem zur SPD im ersten Bundestagswahlkampf offensiv vertreten.

Um diese Abgrenzung auch in der Bundesregierung kenntlich zu machen und in der praktischen Politik konsequent zum Tragen bringen zu können, lehnte Adenauer eine

Koalition mit der SPD ab. Indirekt stellte er damit für die CDU auch die Zusammenarbeit mit der SPD in den Länderregierungen in Frage. Dies führte erneut zu einer weitgehenden Kontroverse mit Arnold, der selbst einer großen Koalition vorstand und sich unter Adenauers Widersachern in diesem Punkt am unnachgiebigsten für eine Bonner Regierung nach Düsseldorfer Modell aussprach. Um einer Konzentration aller demokratischen Kräfte willen lehnte er unnötige parteipolitisch motivierte Frontstellungen ab (Abb. 6.4). Beispielhaft hatten sich jedenfalls für die von ihm geführte Düsseldorfer große Koalition die guten Beziehungen zum pragmatischen Flügel der SPD um Walter Menzel als stabiles Fundament der Regierung erwiesen. Doch die Bundestagsfraktion der Union folgte Adenauer und sprach sich für ein Zusammengehen mit FDP und DP aus. Wie wenig Arnolds Vorstellungen von einer breiten Regierungsbasis noch den nunmehrigen Parteienstrukturen und -interessen entsprachen, zeigte sich, als auch die letzte Möglichkeit, vielleicht gegenzusteuern – seine Wahl zum ersten Bundesratspräsidenten – in dieser Hinsicht folgenlos blieb. Große Koalitionen waren von nun an die große

Ausnahme. Selbst in Nordrhein-Westfalen, nach den Landtagswahlen 1950, wurde sie durch eine Koalition von CDU und Zentrum abgelöst, der 1954 noch die FDP beitrug. Sozialistische Zielsetzung wirkte nun im Sinne Adenauers als „*differentia specifica*“ zwischen CDU und SPD. Dieser Abgrenzung zur SPD vorausgegangen und für ihre weitere Entwicklung zunächst von größerer Bedeutung war die Frage, ob und inwieweit die Union als neue interkonfessionelle Partei sich gegenüber dem Zentrum behaupten konnte, dessen Hochburgen gerade im Rheinland und in Westfalen gelegen hatten. Die Wiedergründung des Zentrums war am 14. Oktober 1945 in Soest erfolgt, da die nach der Unionsgründung vom September 1945 verbliebenen Zentrumsanhänger befürchteten, daß die Überwindung der traditionellen konfessionellen Spaltung nur durch eine Öffnung nach rechts erreicht werden könnte und zu einer erneuten Blockbildung zwischen „Bürgerlichen“ und „Marxisten“ führen müsse. Demgegenüber galt es für Carl Spiecker und seine zunehmend die Zentrumsführung bestimmenden Anhänger, die sozialfortschrittliche, demokratische Tradition fortzuführen, wie sie vor 1933 von dem eher



Abb. 6.4 Wahlplakat Adenauer – Arnold 1953

linken Zentrumsflügel um Joseph Wirth vertreten worden war. Doch zeichnete sich schon bei den Landtagswahlen 1947 (CDU: 37,5 %, Zentrum: 9,8 %) ab, welcher Partei die größeren Erfolgsaussichten zukamen. Eine mehr oder weniger offene Option führender katholischer Kleriker dürfte hierbei mit ausschlaggebend gewesen sein. Während der Münsteraner Kardinal Clemens August von Galen die christlich-demokratische Neugründung noch weniger öffentlich befürwortet hatte, nahm der Kölner Kardinal Josef Frings schließlich selbst offen Partei (Abb. 6.5). Im Herbst 1948 trat er der CDU bei, was „als deutlicher Wink an die Adresse des Zentrums“ verstanden wurde. Die schon früh das Scheitern des Zentrums unterstreichenden Wahlergebnisse sowie dann ergebnislos gebliebene Bemühungen um eine Fusion mit der CDU veranlaßten schließlich Spieker und seine Anhänger, im April 1949 zur Union überzutreten. Daß das Zentrum nicht mehr zur bundespolitischen Bedeutung gelangte, ist letzten Endes sicherlich in tiefgreifenderen Veränderungen (seit 1933 nur noch in rein kirchlichen Bereichen wirksame Konfessionen; durch Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene hervorgerufene konfessionelle Umschichtungen) begründet – schon „aus sozialgeschichtlicher Perspektive erscheint es nur konsequent“ (Kocka). Doch daß sich im Rheinland und in Westfalen die CDU noch vor der ersten Bundestagswahl als überkonfessionelle Partei gegenüber dem Zentrum so eindeutig durchsetzen konnte, dürfte für den raschen Erfolg der CDU eine wesentliche Voraussetzung gewesen sein. Der dann durch den Erfolg als Regierungspartei verstärkte Integrationseffekt (Buchhaas) sicherte der Union eine ständig wachsende Wählerschaft (Abb. 6.6). Waren die Bundestagswahlen 1949 für die Union noch ausgesprochen knapp ausgefallen, erreichte mit ihr 1953 erstmals in der deutschen Geschichte eine Partei die absolute Mehrheit der Mandate. Der Trend setzte sich 1957 fort und brachte mit 50,2 % sogar die absolute Mehrheit der Wählerstimmen. Auch in Nordrhein-Westfalen steigerte die Union ihren

Stimmenanteil bis zur Landtagswahl 1958 auf 50,5 %.

II.

Die Entwicklung der SPD in Nordrhein-Westfalen wirkte sich landes- wie bundespolitisch eher langfristig aus. Denn obwohl an Rhein und Ruhr die Arbeiterschaft unter den Wählern besonders ins Gewicht fiel, stand nicht von vornherein fest, daß sie wesentlich die Position der Sozialdemokraten stärken würde. Vor 1933 jedenfalls hatte zum einen die Kommunistische Partei etwa im „Revier“ eine führende politische Stellung eingenommen, zum anderen das Zentrum nach wie vor die katholische Arbeiterschaft weitgehend an sich gebunden. Bei Wahlen im Bereich des späteren Nordrhein-Westfalen war die SPD eher auf einen dritten Platz verwiesen. Ihre einstigen Hochburgen lagen zum großen Teil vielmehr im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone. Gleichwohl nahmen sich schon die ersten Wahlergebnisse nach 1945 für die SPD in Rheinland und Westfalen wesentlich günstiger aus: Kommunalwahlen 1946 33,4 % und Landtagswahl 1947 32 %. Dies lag jedoch zunächst wohl mit darin begründet, daß angesichts der Teilung Deutschlands die Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone die KPD zunehmend diskreditierten und sich deren Zerfallsprozeß in den Westzonen vor allem zugunsten der SPD auswirkte. Zugleich stand den bei den folgenden Landtagswahlen noch leicht zunehmenden Stimmenanteilen der SPD seit 1948 – nach der Währungsreform – ein spürbarer Rückgang der Mitgliederzahlen entgegen.

Hier wirkte sich aus, was allgemein für die SPD Ende der 40er / Anfang der 50er Jahre galt. Eine sehr früh unumstrittene Parteiführung um Kurt Schumacher hatte eindeutig außen- und deutschlandpolitische Prioritäten gesetzt. Wirtschafts- und sozialpolitisch hatte die Partei lediglich an ihre überkommene Programmatik aus der Weimarer Zeit angeknüpft, und in ebenso traditionellen Formen hatte sich der Wiederaufbau der Parteiorganisation vollzogen (Abb. 6.7).

Kardinal Frings

Als im Sommer 1946 der Bischof von Münster, Kardinal Graf Galen, kurz nach seiner Romreise an einer verschleppten Blinddarmentzündung unerwartet starb, glaubte niemand, daß ein anderer deutscher katholischer Kirchenfürst in kurzer Zeit dieselbe Bedeutung und Popularität erlangen würde wie der „Löwe von Münster“. Und doch ist es so: Der Kölner Erzbischof, Kardinal Dr. Josef Frings, wurde in diesen Jahren zu einer Persönlichkeit, die im christlichen und politischen Leben Deutschlands und Europas ebensoviel Achtung genießt, wie der unermüdliche westfälische Streiter gegen den Nationalsozialismus vor ihm. Denn Kardinal Frings, der seit 1942 Erzbischof von Köln ist, ging an keinem Problem des deutschen und europäischen Nach-



Zeichnung Pictor

kriegslebens vorbei, ohne ernsthafte und oft entscheidende Worte darüber zu sagen — Worte, die nicht nur den katholischen Standpunkt, sondern darüber hinaus den Standpunkt eines rechtlich denkenden, unbestechlichen Mannes zeigten. Und gerade dieses letzte ist es, was ihn in eine Reihe mit dem Grafen von Galen rückt und was die Unterdrückten und Hungernden im Deutschland der schweren Nachkriegsjahre Vertrauen zu

dem Erzbischof von Köln fassen ließ. — Schon 1946, anlässlich seiner Italienreise, gab es peinliche Zwischenfälle, weil Kardinal Frings jedes deutsche Kriegsgefangenenlager zu sehen wünschte. Immer wieder hat er sich für die Entlassung aller Kriegsgefangenen eingesetzt. In seiner nun schon historisch gewordenen Neujahrspredigt vom Januar 1947 erklärte er, er könne das Kohlenstehlen inmitten von Hunger, Frost und — vollen Kohlenzügen, nicht als eine Sünde ansehen; worauf die Kölner nach dem Hochamt die Güterbahnhöfe stürmten und statt Stehlen oder dem damals gebräuchlichen „Organisieren“ von „Fringsen“ sprachen. Die Neujahrspredigten des Kölner Würdenträgers haben es überhaupt in sich: denn ein Jahr später versetzte er in der Predigt dem in Deutschland erstarkten Bürokratismus einen heftigen Schlag als er sagte: „Ich will von Bürokratie nichts wissen. Ich war sehr erschrocken, als ich erfuhr, daß in Deutschland auf vier Schaffende ein Beamter kommt...“

Vor allem hat seine politische Initiative den heute 62jährigen Kardinal (er wurde 1887 zu Neuß am Rhein als Sohn eines wohlhabenden Bürgerhauses geboren und empfing 1910 die Priesterweihe) zu einer der wichtigsten Persönlichkeiten der jungen deutschen Bundesrepublik gemacht. Denn der Erzbischof hat keine Gelegenheit versäumt, sein und der Kirche politisches Interesse zu bekunden. Wenn er die CDU, der er im Herbst 1948 beigetreten war, im Mai dieses Jahres wieder verließ, so geschah es nicht etwa, weil er politische Differenzen mit dieser Partei gehabt hätte, sondern weil man es ihm, dem Kirchenfürsten, in Deutschland übelnahm, daß er sich für eine bestimmte Partei entschieden hatte. Der Kardinal hat vor allem in der sozialen Frage die Worte von der „Entproletarisierung des Arbeiters“ und der „christlichen Sozialisierung“ geprägt und eine so entschiedene und bedeutende Stellung bezogen, daß man ihn in innerpolitischen Dingen nicht mehr übersehen kann. — Der Erzbischof von Köln verkörpert in höchstem Maße den Typ des modernen katholischen Würdenträgers. Einen Typ, der sich bemüht, wieder „weltlich“ zu werden, damit die Welt christlicher werde. Seine Worte zu politischen und sozialen Lebensfragen — wie jetzt kürzlich wieder die Bitte um eine Generalamnestie aller von der Militärregierung Verurteilten, die er zur Eröffnung des Bundestages General Robertson vortrug — entspringen nicht persönlichem Ehrgeiz, sondern dem zielbewußten katholischen Ethos von heute, nach dem es christlicher ist, dem Menschen in diesem Leben zu helfen, als ihn nur in der Kirche auf ein jenseitiges zu vertrösten.

P. H.

Abb. 6.5 Kardinal Frings 1949



Abb. 6.6 CDU-Plakat zur Bundestagswahl 1949



Abb. 6.7 SPD-Plakat zur Bundestagswahl 1953

„So entstand ein Parteileben nach altem Muster, das vom Stolz auf die Tradition, von ergebener Treue gegenüber den Führern, von Mißtrauen gegen Staat, Unternehmer, Kirchen und Intelligenz und von einem pseudorevolutionären, gefühlsbetonten Radikalismus geprägt war“ (Grebinger). Der nach der Währungsreform einsetzende wirtschaftliche Aufschwung, die angesichts der sich verschärfenden Ost-West-Konfrontation mehr und mehr unrealistische Wiedervereinigung engten dann zunehmend den politischen Handlungsspielraum der Partei ein. Der von Schumacher immer wieder erhobene Führungsanspruch seiner Partei erwies sich bei der ersten Bundestagswahl als nicht mehrheitsfähig. Die SPD fand sich in der Opposition wieder, und ihre auch von eigenen Anhängern als durchaus intransigent empfundene Opposition hielt sie erst recht im 30%-Turm gefangen.

Den in Nordrhein-Westfalen konkret gegebenen Ansätzen einer politischen Zusammenarbeit auf breiter Basis und der Fortführung einer großen Koalition in Düsseldorf standen daher bald auf Seiten der SPD – wie bei der CDU die grundsätzliche Abneigung Adenauers – die von der Bundespartei gesetzten Prioritäten entgegen. Nach ausdrücklichem Hinweis Carl Severings auf etwaige Beeinträchtigungen einer konsequenten Bonner Oppositionspolitik sah schließlich die Führung der nordrhein-westfälischen SPD von einer weiteren Regierungsbeteiligung unter Arnold ab. Dies wog um so schwerer, als ein derartiges Oppositionsverständnis den Vorstellungen führender Gewerkschafter zunächst zuwiderlief. Um die Stellung der erstmals zustande gekommenen Einheitsgewerkschaft nicht zu gefährden und leichter ehemals christliche Gewerkschafter integrieren zu können, war namentlich ihrem Vorsitzenden Hans Böckler weniger an einer politischen Polarisierung gelegen. Gewerkschaft und Sozialdemokratie waren in ihrem Verhältnis zueinander alles andere als festgelegt, und die SPD hatte es besonders getroffen, als Adenauer in der Bundestagsdebatte um das „Petersberger Abkommen“,

die ihm Schumachers Verdikt „Kanzler der Alliierten“ einbrachte, ein Telegramm Böcklers verlesen konnte, das die Zustimmung des DGB-Vorstandes signalisierte.

Die unterbliebene Aktualisierung ihrer programmatischen Zielsetzung und mangelnde Kompromißbereitschaft ließen die Entwicklung der Partei in Nordrhein-Westfalen stagnieren. Zwar konnte sie bei den Landtagswahlen ihren Stimmenanteil kontinuierlich steigern (1950: 32,3 %, 1954: 34,5 %, 1958: 39,2 %), doch wurde sie gleichzeitig durch die deutlicheren Gewinne der CDU (1950: 36,9 %, 1954: 41,3 %, 1958: 50,5 %) weiter distanziert. Der Partei schien lediglich der Stimmenrückgang der Kommunisten (1950: 5,5 %, 1954: 3,8 %) und das schließliche Verbot der KPD nach 1956 zugute gekommen zu sein. Kaum profitieren konnte sie dagegen vom schwindenden Stimmenanteil des Zentrums (1950: 7,5 %, 1954: 4,0 %, 1958: 1,1 %) und ihren sozialstaatlich-sozialreformerisch ausgerichteten Wählern, obgleich ein zunehmend unternehmerorientierter Kurs der CDU die ursprünglichen gesellschaftspolitischen Ziele des Ahlener Programms in den Hintergrund treten ließen. Durch den Katholizismus bedingte Barrieren erwiesen sich vorerst als wirksamer. Selbst im Ruhrgebiet konnte die SPD bei den Bundestagswahlen 1957 lediglich in Dortmund und Gelsenkirchen Direktmandate gewinnen. Dieser Gesamtentwicklung fügten sich weitgehend auch die Wahlergebnisse auf kommunaler Ebene ein. Allein die Wahlen von 1956 fielen aus diesem Rahmen. Über den erheblichen Stimmenzuwachs von 8,1 % auf 44,2 % hinaus war vor allem von Bedeutung, daß sie in zahlreichen Städten erstmalig die absolute Mehrheit erreicht hatte und selbst in einer ehemaligen Zentrumshochburg wie Köln überraschend eindeutig die CDU überflügelte hatte. Demnach war durchaus die Möglichkeit gegeben, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen mehrheitsfähig sein konnte. Unter welchen Voraussetzungen machte geradezu exemplarisch der nunmehrige Kölner Oberbürgermeister Theo Burauen deutlich, dessen pragmatisches Politikverständnis

(„Ein imperatives Mandat wäre das Ende der parlamentarischen Demokratie“) dazu beitrug, daß sozialdemokratische Amtsführung auch in bis dahin für die SPD kaum zugänglichen, ihr zumindest reserviert gegenüberstehenden Bevölkerungskreisen Anerkennung fand. Theo Burauens Teilnahme bei der Kölner Fronleichnamsprozession war so gesehen mehr als nur die Pflichtübung eines Oberbürgermeisters (Abb. 6.8). War 1956 der kommunale Wahlerfolg der SPD in Köln noch als außergewöhnliche Sensation gedeutet worden, so wurde er bei den nachfolgenden Kommunalwahlen zunehmend als Bestätigung einer personell wie sachlich möglichen Alternative zur CDU empfunden. In ununterbrochener Wahlfolge wurde Burauen als Oberbürgermeister bestätigt, bis er 1973 aus Altersgründen das Amt niederlegte. Auch andernorts gewannen zahlreiche SPD-Bürgermeister großes Ansehen. Obgleich nach der nordrhein-westfälischen Kommunalverfassung lediglich ehrenamt-

lich die Repräsentation von Rat und Bürgerschaft wahrnehmend, standen sie – wie Luise Albertz in Oberhausen oder August Seeling in Recklinghausen – für eine moderne sozialverantwortliche, bürger-nahe Kommunalpolitik. Auf ihre Erfolge konnte verwiesen werden, um den Anspruch der SPD auch als zeitgemäße landespolitische Alternative wirksam zur Geltung zu bringen. Dementsprechende Parteiwerbung machte schließlich die konsequent auf die Modernität der Partei („SPD vorn“) abhebenden Kommunal- und Landtagswahlkämpfe der 1960er Jahre erst glaubwürdig und erfolgreich (Abb. 6.9). Diese Entwicklung war nicht auf Nordrhein-Westfalen beschränkt, zeichnete sich in anderen Bundesländern sogar eher ab. So hatten sich schon früh pragmatisch denkende Sozialdemokraten um den „Bürgermeisterflügel“ Kaisen (Bremen), Reuter (Berlin) und Brauer (Hamburg) gruppiert, die ein erfolgversprechenderes Politikverständnis als der Bonner Parteiapparat ver-



Abb. 6.8 Fronleichnamsprozession in Köln

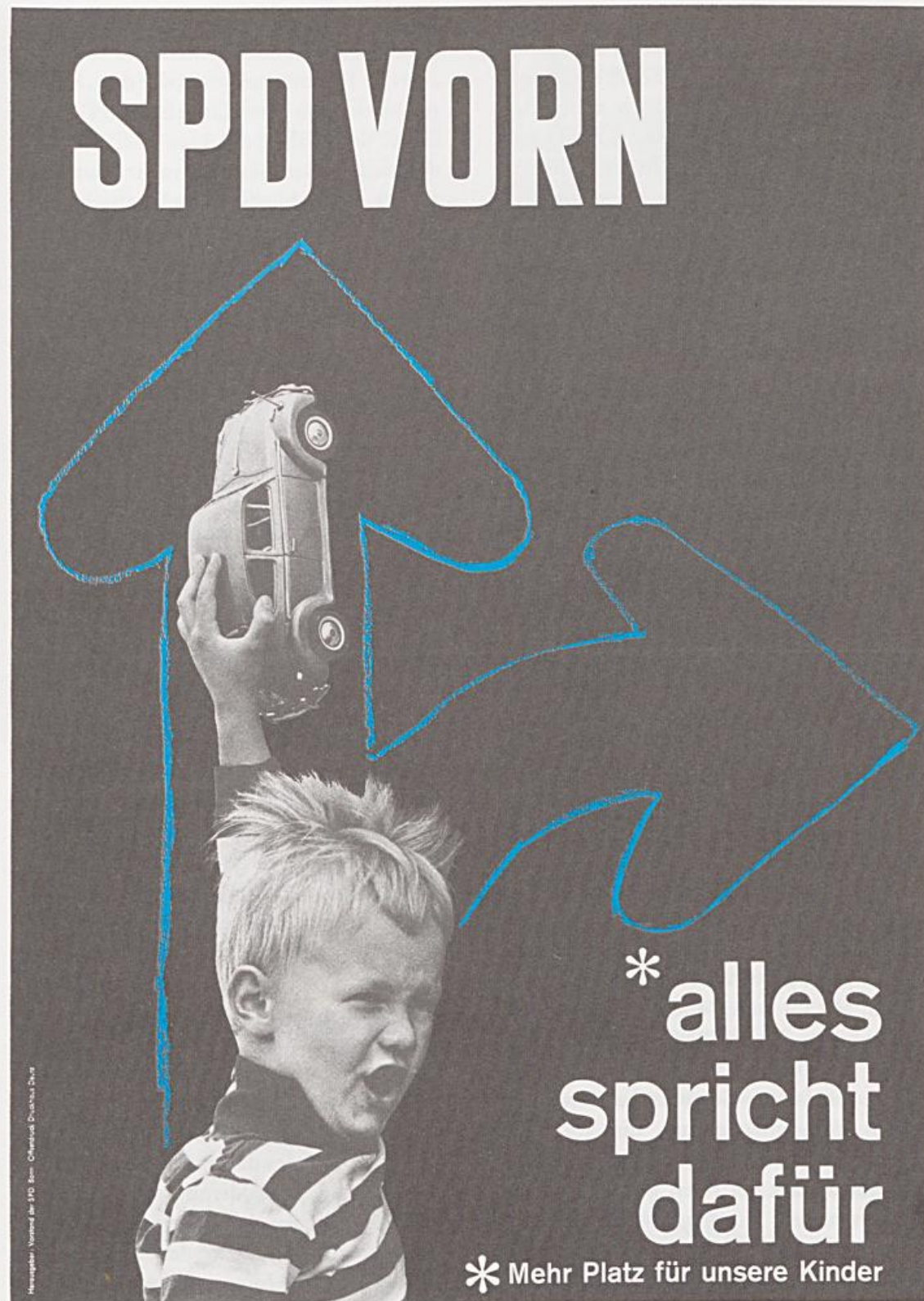


Abb. 6.9 SPD-Plakat zu den Kommunalwahlen 1964

traten. Desgleichen läßt sich der parteioffiziell erst mit dem Godesberger Programm angestrebte Wandel zur mehrheitsfähigen Volkspartei in Ansätzen auch andernorts schon vorher beobachten. Doch eine Besonderheit der nordrhein-westfälischen Entwicklung war es, daß sie schon früh Möglichkeiten zu einer langfristigen Öffnung der Partei auch für katholische Wähler aufzeigte und die zunächst konfessionell noch bindenden Gegensätze in der Kultur- und Schulpolitik in den Hintergrund treten ließ. Von grundsätzlicher Bedeutung war jedoch zunächst, wie Lutz Niethammer und Arnold Klönne herausstellen, daß es der SPD in einem längeren Prozeß gelungen ist, im Rhein-Ruhr-Gebiet überkommene und noch nach 1945 nicht von vornherein aussichtslose Alternativen zu integrieren und sich somit in einer vor 1933 keinesfalls zu ihren Stammländern zählenden Region als Partei der Arbeitnehmerinteressen durchzusetzen. Damit war der durch die Teilung Deutschlands bedingte Verlust ehemaliger (in der sowjetischen Besatzungszone gelegener) Hochburgen aufgefangen und auf lange Sicht eine neue Basis gewonnen, die ihrerseits die Entwicklung der Partei mitprägte.

Von besonderem Gewicht für diese Entwicklung erweist sich im nachhinein die schon zuvor zustandegekommene Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Organisation. Mit ihr waren auch so unterschiedlich geprägte Traditionen wie die der ehemals christlichen oder syndikalistisch-kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen zusammengeführt, die vor 1933 gerade im Rheinland und in Westfalen besonders stark vertreten waren und konkurriert hatten. Zunächst wurde der Ausgleich zwischen diesen konkurrierenden Richtungen getragen von dem Gefühl, in der Weimarer Zeit habe das Gegeneinander der Gewerkschaften ihre Ohnmacht gegenüber dem Nationalsozialismus bedingt, sowie von der Überzeugung, die unmittelbaren Nachkriegsnöte könnten nur solidarisch überwunden werden. Aber die dann durchgesetzte Montanmitbestimmung schien den Erfolg und die Stärke der Ein-

heitsgewerkschaft zu bestätigen. Etwaige spezifische Besonderheiten des einstigen „Revier-Kommunismus“ oder des „Revier-Arbeiter-Zentrums-Katholizismus“ traten hinter dem nähergerückten Ziel einer „industriellen Demokratie“ mehr und mehr zurück. Als schließlich die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes die weitergehenden gewerkschaftlichen Forderungen nach paritätischer Mitbestimmung auch außerhalb des Montanbereiches abblockte, bot diesen Erwartungen langfristig nur noch die SPD einen parteipolitischen Bezugspunkt.

In dem Maße, wie sie den aus der „Tradition der Arbeiterbewegung in all ihren historischen Ausformungen gespeisten Impuls zur Politik der Mitbestimmung und der sozialen Reform“ fortführte, konnte sie sich früher an KPD oder Zentrum orientierte Arbeitermilieus als neues Wählerpotential erschließen und wurde in Nordrhein-Westfalen mehrheitsfähig (Klönne). Die auch nach dem Betriebsverfassungsgesetz in der hier dominierenden Kohle- und Stahlindustrie nach wie vor wirksame Mitbestimmung ließ die Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr um so selbstbewußter als Partei der „sozialen Demokratie“ auftreten. Bevor sich diese Entwicklung dann auch in Wahlergebnissen auswirken konnte, führte sie zuerst im SPD-Bezirk Westliches Westfalen, seit 1956 aber auch in den übrigen nordrhein-westfälischen SPD-Bezirken, zu immer deutlicher steigenden Mitgliederzahlen. Aus diesem Zusammenhang wird auch erst der Einfluß der Landes-SPD auf die Entwicklung der Gesamtpartei deutlich. „Es spricht vieles dafür, daß die nordrhein-westfälische Sozialdemokratie, der nach 1945 im Zeichen der gemeinsamen Orientierung am Konzept der ‚industriellen Demokratie‘ die Integration weiter Teile des Arbeiterkatholizismus und der Masse ehemaliger Anhänger der KPD gelang, in erheblichem Umfange die gewerkschaftsnahen, sozialreformerischen, auf Mitbestimmung in der Wirtschaft zielenden Tendenzen in der Bundes-SPD geprägt hat, auf unspektakuläre Weise sicherlich, und abseits der elaborierten Programmdebatten“ (Klönne).

MITGLIEDSKARTE

August Berlin

Lemgo, Wasserturm 223

geboren am: 2. Februar 1910

in: Drake (Lippe)

Beruf: Angestellter, Parteisekretär

erneut

Der Partei beigetreten am: 1.11.45

Mitglied seit 1926

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Lippe

Kreisverein

Der Vorstand

Lemgo

Kremer



EINLADUNG zu einem Streitgespräch zwischen
FRAU DR. ILSE ELSNER und HERRN FRANZ BARSIG

über das Thema:

Ist die SPD langweilig?

am Freitag,
dem 16. Januar 1959,
20 Uhr,
im Gesellschaftshaus,
Bielefeld,
Klosterplatz

NEUE GESELLSCHAFT E. V.
Politisch-wissenschaftlicher Arbeitskreis

Im Auftrag

Ulrich Lohmar

Ulrich Lohmar, MdB

Wir bitten um Ihr Verständnis, wenn wir Sie höflichst darauf hinweisen, daß Einlaß nur bei Vorweisen dieser Einladung gewährt werden kann.

Jedenfalls hat die Entwicklung der nordrhein-westfälischen SPD bereits vor Godesberg der Partei deutlich werden lassen, welche neuen Wirkungsmöglichkeiten und Anziehungskraft ihr zukommen konnten. Indem sie sich im Rhein-Ruhrgebiet weitere, historisch durchaus nicht sozialdemokratisch geprägte (Arbeiter-)Milieus erschloß und neue politische Heimat zuvor unterschiedlich fundierter Hoffnungen auf gesellschaftliche Erneuerung wurde, kam sie schon dem Prinzip nach auch für außerhalb der Arbeiterbewegung stehende gesellschaftspolitische Reformkräfte als organisatorischer Bezugsrahmen in Frage. Diesen Weg zu einer linksorientierten mehrheitsfähigen Volkspartei markieren nicht zuletzt Gustav Heinemann und Helene Wessel. Heinemann – bis 1949 Vorstandsmitglied der Rheinischen Stahlwerke, von 1946 bis 1949 CDU-Oberbürgermeister in Essen, Mitverfasser des Ahlener Programms, Justizminister im ersten Kabinett Arnold – war zunächst 1950 von seinem Amt als (erster) Bundesinnenminister aus Protest gegen Adenauers Absicht, die Bundesrepublik wieder aufzurüsten, zurückgetreten. In wachsendem Maße Gegner der Wiederbewaffnung und Kritiker der Westorientierung, trat er 1952 aus der CDU aus und gründete mit Helene Wessel die Gesamtdeutsche Volkspartei. Helene Wessel – 1946 maßgeblich an der Wiederbegründung des Zentrums beteiligt, seit 1949 dessen Vorsitzende und noch 1951 in diesem Amt bestätigt – war ihrerseits aus dem Zentrum ausgetreten, als sich anlässlich der außen- und deutschlandpolitischen Kontroverse immer deutlicher abzeichnete, wie unbedeutend der politische Handlungsspielraum ihrer Partei angesichts des mittlerweile übermäßigen christdemokratischen Widerparts geworden war. Ausbleibende Wahlerfolge führten aber 1957 zur Auflösung der GVP, die ihren Mitgliedern (unter ihnen Johannes Rau) nun empfahl, sich der SPD anzuschließen. Über die Landesliste der nordrhein-westfälischen SPD wurden Helene Wessel und Gustav Heinemann in den 3. Bundestag gewählt.

Ursprünglich primär deutschlandpolitisch motiviert, hatten die in der GVP zusammengeführten Denkrichtungen auch gemeinsame Vorstellungen von einem umfassenden Sozialstaat aus ethischer Verantwortung entwickelt. Die Integration dieser Partei durch und in die Sozialdemokratie ließ diese wiederum von den in der GVP vorweggenommenen Lernprozessen profitieren. Als einer der ersten hatte Heinemann erkannt, daß spätestens nach dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO der Weg zu einer friedlichen Wiedervereinigung verbaut war, und dazu beigetragen, daß diese Einsicht schließlich auch von der SPD nachvollzogen wurde. Damit war aber in der Partei zugleich eine Abkehr von den alten, durch Schumacher gesetzten deutschlandpolitischen Prioritäten eingeleitet. Die SPD war nun grundsätzlich offen, „sich der bundesrepublikanischen Wirklichkeit zu stellen und den Weg nach Godesberg zu gehen“ und langfristig auch eine neue Ostpolitik zu formulieren (Otten). Sicher ist diese Entwicklung im einzelnen vielschichtiger zu sehen, doch waren hierbei die in Nordrhein-Westfalen vorgegebenen parteipolitischen Veränderungen in ihrer Auswirkung auf die SPD von besonderer Dynamik (Abb. 6.10).

III.

Unter den zahlreichen Parteigründungen der Nachkriegszeit behauptete sich neben Union und SPD als dritte parteipolitische Kraft lediglich die Freie Demokratische Partei. Bereits Ende 1945 / Anfang 1946 hatten sich einzelne Landesverbände konstituiert und die vielfältigen auf lokaler Ebene erfolgten Neugründungen zusammengefaßt, die im wesentlichen aus den liberalen Traditionen vor 1933 und ihrem überkommenen wahlsoziologischen Umfeld hervorgegangen waren. Hauptmoment, das ein Zusammengehen ihrer politischen Kräfte mit der sich zur gleichen Zeit formierenden Union und somit die Realisierung einer einheitlichen bürgerlichen Partei verhinderte, war ihre mit dem konfessionellen Charak-

ter der CDU unvereinbare antiklerikale Grundstimmung. Je nach Region, aber auch persönlicher Herkunft und Erfahrung der maßgeblichen Akteure verschieden, kamen entweder stärker liberaldemokratische oder eher nationalliberale Traditionen zum Tragen. „Im Südwesten, dem Traditionsraum des deutschen Liberalismus, waren die Vorstellungen des schwäbischen Liberalismus maßgebend, der von einem tiefen Mißtrauen gegen nationalistische und sozialistische Gedankengänge erfüllt war. In Niedersachsen und Rheinland-Westfalen pflegte man den Gedanken, die FDP zu einem nationalen Sammelbecken aller freiheitlichen Kräfte zu machen, die die CDU als betont klerikal und die SPD als marxistische Partei ablehnten“ (Erich Mende). Für die künftige Rolle der Partei war daher entscheidend, inwieweit sich diese unterschiedlichen Richtungen aufeinander abstimmen ließen, ohne erneut zu einer Spaltung zu führen, wie sie für die Geschichte des organisierten Liberalismus in Deutschland bis dahin kennzeichnend gewesen war.

Zunächst hatten auch in den FDP-Landesverbänden Nordrhein und Westfalen durchaus Reformvorschläge zur Wirtschaftsordnung zur Diskussion gestanden. Im Landesverband Nordrhein standen sogar mit Fritz Guntermann und Bruno Maaß zwei Vertreter der Arbeiterschaft dem Vorsitzenden Friedrich Middelhauve zur Seite, der seinerseits bindende wirtschaftsprogrammatische Aussagen vermeiden wollte, um die Partei nicht als Vertretung von Arbeitgeberinteressen erscheinen zu lassen. Doch das enttäuschende Abschneiden (4,3 %) bei den Kommunalwahlen 1946, die folglich geringe Aussicht auf Verbreiterung ihrer schwachen Mitgliederbasis und die nach dem Wahlkampf verbliebenen Verbindlichkeiten machten deutlich, daß die Partei stärker die Unterstützung der freien Wirtschaft zur Geltung bringen mußte. In der Diskussion um die künftige Wirtschaftsordnung setzte sich auch bald nach Gründung eines gemeinsamen nordrhein-westfälischen Landesverbandes eine starke Gruppierung mittlerer Unternehmer um den Kölner

Hans-Albrecht Freiherr von Rechenberg durch. Auf einem außerordentlichen Parteitag im August 1947 auf der Hohensyburg schieden die Arbeitervertreter aus dem Kreis der engeren Führung aus, von Rechenberg selbst wurde zu einem der stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Programmatisch sprach sich nun die Partei erstmals eindeutig gegen jede Form der Sozialisierung aus (Abb. 6.11). Entsprechend hatte sie sich im Landtagswahlkampf 1947 derart festgelegt, daß ihr bei den anschließenden Koalitionsverhandlungen Arnolds Weigerung, nur aus Rücksicht auf die FDP die Sozialisierungsfrage auszuklammern, eine Regierungsbeteiligung unmöglich machte. In ihrer Rolle als alleinige Oppositionspartei im Düsseldorfer Landtag bot sich ihr aber die Möglichkeit, sich neben der CDU als bürgerliche Alternative zu profilieren. Immerhin konnte sie bei den folgenden Landtagswahlen 1950 ihren Stimmenanteil auf 12,1 % steigern, mithin gegenüber 1947 mehr als verdoppeln und sich erstmals in Nordrhein-Westfalen als drittstärkste Partei vor Zentrum und KPD durchsetzen.

Konsequent bezog die FDP in der Anfang der 50er Jahre anstehenden Diskussion um die Mitbestimmung in der Montanwirtschaft Position gegen die Gewerkschaften und lehnte entschieden die paritätische Mitbestimmung ab, deren gesetzliche Verabschiedung schließlich nur durch das Zusammengehen der Union mit der SPD möglich wurde. Das Ziel vor Augen, in Konkurrenz zur CDU selbst zu einer starken bürgerlichen Partei zu werden, verlangten nordrhein-westfälische Freidemokraten sogar die Aufkündigung der Bonner Koalition und warfen der Bundesleitung der Partei vor, ihr fehle eine „klare und eindeutige Linie“. Auch die in der Bundesleitung vertretene Auffassung, daß „die Wählerquote der FDP bei 35 % begrenzt“ sei, wurde in Düsseldorf so nicht geteilt. Ziel war hier vielmehr die uneingeschränkte Sammlung bürgerlicher Kräfte bis hin zur Einbeziehung vorwiegend national gesinnter Wählerschichten, namentlich der Kriegsgeneration im Alter von 18 bis 25 Jahren, die sich

Abb. 6.11 FDP-Plakat zur Landtagswahl 1947

bislang lediglich von rechtsextremistischen Parteien angesprochen fühlten.

Doch im Bestreben, auch ehemalige Nationalsozialisten zu gewinnen und in demokratische Handlungsweisen einzubinden, lief die nach wie vor mitgliederschwache Partei in Wirklichkeit Gefahr, rechtsradikal unterwandert zu werden. Wenige ehemalige Nationalsozialisten, allerdings infolge ihrer Führungsämter vor 1945 mit weitreichenden und immer noch intakten Beziehungen, verstanden es, sehr schnell wichtige Funktionen innerhalb der nordrhein-westfälischen Parteiführung zu besetzen, und vor allem Einfluß auf den Landesvorsitzenden Middelhaue zu nehmen. Zu seinen Mitarbeitern und Beratern zählten bald u. a. Werner Naumann, langjähriger Chef des Ministerbüros von Goebbels, der ehemalige Reichskommentator Hans Fritzsche sowie Wolfgang Dierwege, der letzte Intendant des Reichssenders Danzig. Noch bevor die besonders von Naumann systematisch betriebene Unterwanderung der Partei aufgedeckt wurde, hatte der um Middelhaue gruppierte Kreis ein „deutsches Programm“ ausgearbeitet, das sich mit seinen Forderungen gegen Siegerwillkür und Entnazifizierung als „Aufruf zur Nationalen Sammlung“ verstand (Abb. 6.12). 1952 dem Emser Parteitag vorgelegt, sollte es die Partei in der bislang unentschieden gebliebenen Auseinandersetzung zwischen Links- und Rechtsliberalismus festlegen (Abb. 6.13), die wenige Monate zuvor durch die südwestdeutschen Liberalen aktualisiert worden war, als sie sich in Baden-Württemberg für eine Regierungsbildung mit der SPD ausgesprochen hatten. Die grundsätzlichen-ideologischen Gegensätze spitzten sich zu. Die Gefahr einer Spaltung wurde zunächst aber vermieden, indem der Parteitag das „Deutsche Programm“ sowie das „Liberale Manifest“, ein von innerparteilichen Gegnern linksliberal formuliertes Gegenprogramm, zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwies.

Für die innerparteiliche Geschlossenheit war es daher letztlich von Bedeutung, daß im Januar 1953 der seit längerem beobachtete sog. „Gauleiter-Kreis“ mit Naumann

an der Spitze verhaftet wurde. Als sich dabei herausstellte, inwieweit der nordrhein-westfälische Parteiaufbau bis hin zur Rednerschulung aus dieser Richtung unterwandert worden war, setzte ein Prozeß der „Selbstreinigung“ (Albertin) ein. In die Entscheidungspositionen konnten jetzt zunehmend und im Vergleich zu den übrigen Landesverbänden relativ früh weniger ideologisch orientierte Nachwuchspolitiker vorrücken, für die als frühe Jungdemokraten zudem die tradierten Gegensätze zwischen „demokratischem“ und „nationalem“ Altliberalismus kaum ins Gewicht fielen. Schon die Namen lassen erkennen, daß dies nicht ohne Wirkung auf die Entwicklung der Bundespartei blieb: Erich Mende, Wolfgang Döring, Willi Weyer, Walter Scheel.

Bei den nachfolgenden Landtagswahlen konnte sich die FDP mit 11,3 % einigermaßen halten. Von den Stimmenverhältnissen (CDU: 41,3 %, SPD: 34,5 %) bot sich nun eine Koalition aus CDU und FDP an, da die übrigen Parteien an der 5%-Klausel gescheitert waren. Allein das Zentrum (4 %) hatte mit Hilfe eines wahltaktischen Bündnisses mit der CDU nochmals in den Landtag einziehen können. Nicht ohne Zutun Adenauers, dessen innerparteiliche Stellung nach den erfolgreichen Bundestagswahlen 1953 immer unumstrittener wurde, kam gegen Arnolds Präferenzen für eine große Koalition erstmals seit 1947 in Nordrhein-Westfalen wieder eine Regierung unter Beteiligung der FDP zustande. Arnolds Mißtrauen gegenüber dieser Partei verhinderte lediglich, daß der durch die „Naumann-Affäre“ belastete Essener Rechtsanwalt Ernst Achenbach, der sich schon als Minister sah, seinem Kabinett angehörte. Neben Middelhaue trat dafür Willi Weyer als weiterer FDP-Minister in die Regierung ein.

Sosehr sich diese Regierung in die allgemeine koalitionspolitische Entwicklung der Bundesrepublik einfügte, so spektakulär und folgenreich war ihr von den sog. Jungtürken um Willi Weyer, Wolfgang Döring und Walter Scheel herbeigeführtes Ende. Sie sahen nämlich die Zukunft der Partei in

AUFRUF ZUR NATIONALEN SAMMLUNG

Das Deutsche Programm

Es ist unser Ziel, einen Staat zu bauen, der aller Deutschen Heimat ist und ihnen Freiheit und Frieden, Sicherheit und Wohlstand bietet.

Wir bekennen uns zum Deutschen Reich als der überlieferten Lebensform unseres Volkes und als der Verwirklichung seiner Einheit.

Wir wollen Deutschlands tiefste Erniedrigung durch neues Denken und entschlossenes Handeln überwinden. Dieses Ziel kann nur durch den Zusammenschluß all derer erreicht werden, die aus dem Leid, das hinter uns liegt, den guten Willen und den Blick für das Wesentliche retteten. Deren Zusammenfassung aber ist gleichzeitig auch die Garantie für die Überwindung des Unglücks, das über uns kam.

Trotz der bitteren Enttäuschungen, die uns alle trafen, hat kein Deutscher das Recht, sich seiner Pflicht gegen Volk und Staat zu entziehen. Der oft aus schmerzlicher Erfahrung geborene Entschluß, sich nie wieder um Politik zu kümmern, nützt nur den Kräften, die aus der deutschen Niederlage Vorteil ziehen.

Wir rufen daher alle Deutschen auf, dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzutreten und sich zu den in diesem „Deutschen Programm“ niedergelegten Grundsätzen als den Mindestforderungen deutscher Politik zu bekennen.

DIE *Pillen*

Nr. 2

S A T I R I S C H E Z E I T U N G



Zeichnung: Rudl Stora

Blücher: Nun seid mal vernünftig, ihr dürft doch nicht schon vor den Wahlen auseinanderfallen!

Frage gestellt, als Adenauer in der vom Parlamentarischen Rat einer späteren Regelung vorbehaltenen Wahlrechtsfrage 1955/56 zu einer Entscheidung drängte und mit dem vorgeschlagenen Grabenwahlssystem wohl auch die bislang nötigen Koalitionspartner abzuhängen hoffte (Abb. 6.14). Demnach sollten 60% der Abgeordneten nach dem einfachen Mehrheitsprinzip direkt und 40% über eine Liste gewählt werden, wobei die Zahl der Direktmandate ohne Auswirkung (kein Verhältnisausgleich) auf die Vergabe der restlichen Mandate bleiben sollte. Obwohl die FDP unmißverständlich protestierte, zeigte sich Adenauer zu spät kompromißbereit. „Die FDP drohte nicht nur, wie der BHE in Niedersachsen, koalitionspolitische Konsequenzen in den Ländern und im Bund an, ihr nordrhein-westfälischer Landesverband zog sie auch“ (Albertin). Durch ein von Liberalen und Sozialdemokraten initiiertes Mißtrauensvotum wurde Arnold im Februar 1956 gestürzt. Unter Beteiligung des Zentrums kam nun in Düsseldorf erstmals ein sozialliberales Regierungsbündnis zustande. Der plötzliche Regierungswechsel und die dadurch nicht mehr nur theoretische Möglichkeit, daß die Union auch in anderen Bundesländern unversehens in die Opposition gedrängt werden könnte, zeigten die zunächst beabsichtigte Wirkung. Das im Bund seit 1953 geltende Wahlrecht wurde mit einer die kleineren Parteien wie DP und BHE benachteiligenden, also durchaus im Sinne der FDP verschärften Sperrklausel beibehalten.

Innerparteilich hatte jedoch die von den Jungtürken gedachte „Selbstbehauptung durch Koalitionswechsel“ (Albertin) eine

schwere Krise ausgelöst, war doch die Eskalation in der Wahlrechtsdiskussion im nordrhein-westfälischen Landesverband nicht weniger als „unsere große Chance“ begriffen worden, auch auf die Bundespartei größeren Einfluß zu nehmen. Der auf die Düsseldorfer Wende umgehend folgende Auszug von 16 Bundestagsabgeordneten, darunter alle vier FDP-Bundesminister, aus der Bundestagsfraktion war nur eine erste Abspaltung. Doch im nachhinein erwies sich diese Entwicklung lediglich als Auflösung jener Gruppen, die in der FDP eine rechte Sammlungspartei sehen wollten, und hatte somit die Voraussetzung geschaffen, innerhalb der Partei letztlich auch zu einer programmatischen Klärung zu gelangen. Bereits 1957 definierte sich die FDP mit ihrem Berliner Programm eindeutig als „liberale Mitte“. Wenn auch für die vor allem durch Besitz und Bildung geprägte Mitgliedschaft der Partei de facto zunächst noch ein Zusammengehen mit der Union nahelag, so implizierte das nunmehrige Selbstverständnis gleichwohl die weitere Möglichkeit der Selbstbehauptung durch Koalitionswechsel (eben auch zur SPD). Zwar wurde er in Bonn erstmals 1969 vollzogen, doch der Anteil ehemaliger Düsseldorfer „Jungtürken“ am Zustandekommen der ersten sozialliberalen Bundesregierung deutet an, daß und von wem die Weichen schon früher gestellt waren.

IV.

Die Herausbildung eines Dreiparteiensystems bildete für die Frühgeschichte der Bundesrepublik durchaus einen Einschnitt und blieb im weiteren längere Zeit

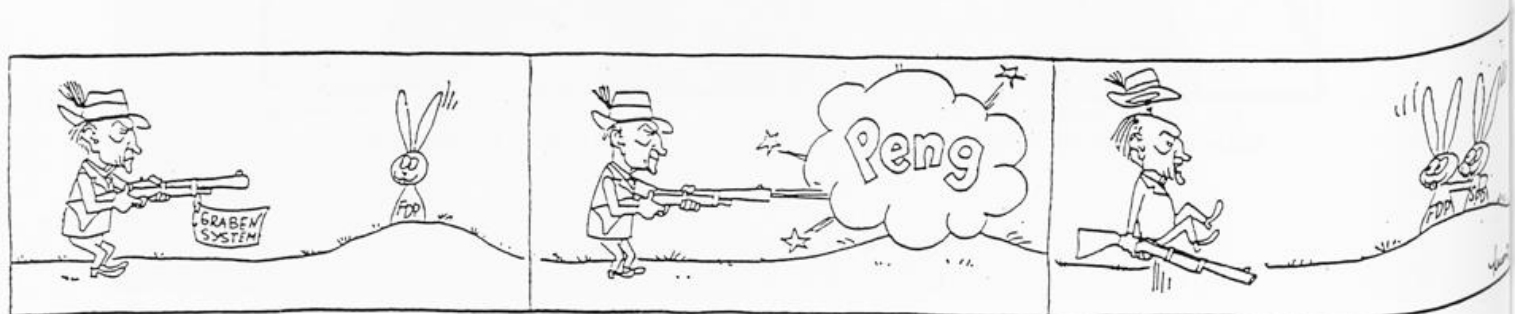


Abb. 6.14 Grabenwahlssystem in der Karikatur 1956

für ihre Parteienkonstellation charakteristisch. Sosehr hierzu auch unterschiedliche Gründe – wie etwa die 5%-Sperrklausel im Wahlrecht – beigetragen haben, entscheidend war, daß Union, SPD und FDP sich in der Lage zeigten, nahezu umfassend das Wählerspektrum auf sich als Parteien auszurichten und an sich zu binden. Von Bedeutung war dabei nicht nur, daß ihnen dies relativ früh im bevölkerungsreichsten Bundesland gelang, sondern auch daß die parteipolitischen Entwicklungen unter den dortigen Gegebenheiten diesen Prozeß zumindest begünstigt haben. Zentrum und KPD konnten sich gerade in ihren einstigen in Nordrhein-Westfalen

gelegenen Hochburgen nicht gegenüber CDU und SPD behaupten und verloren dadurch erst recht die nötige Basis, um sich auch bundesweit durchzusetzen. Aber auch neuen Parteien wie DP und GB/BHE, die in manchen Bundesländern erheblichen Zulauf verzeichneten, gelang es nicht, in Nordrhein-Westfalen organisatorisch Fuß zu fassen und überhaupt nennenswerte Wahlerfolge zu erzielen. Die hier während der 50er Jahre erkennbaren und gleichsam vorweggenommenen sozialintegrativen Möglichkeiten des Dreiparteisystems verstärkten stattdessen eher gleichgerichtete Tendenzen auch außerhalb des Landes.

E.1 Genehmigung der Militärregierung für die SPD, Aktenstück

Neu oder wieder zu gründende Parteien mußten 1945 ihre Satzungen, Angaben zu den Funktionären usw. der örtlichen Militärregierung einreichen, die dann über die Zulassung entschied.

(Quelle: StA Detmold, D 72 A. Berlin Nr. 95)

E.2 Beitragsmarken für die SPD

Die erhalten gebliebene Mitgliedskarte des Parteisekretärs August Berlin enthält Beitragsmarken aus mehreren Jahren, u. a. solche mit dem Porträt des Parteivorsitzenden Kurt Schumacher.

(Quelle: StA Detmold, D 72 A. Berlin Nr. 682)

E.3 Kurt Schumacher bei einer Veranstaltung, Foto

Die prägendste Person für die SPD der Nachkriegszeit war ihr Vorsitzender Kurt Schumacher. Sein unermüdlicher Einsatz als Wahl- und Debattenredner belegt sein leidenschaftliches Engagement. Anlaß der hier gezeigten Aufnahme ist eine Kundgebung am 24. Januar 1948 in Düsseldorf.

(Quelle: HStA Düsseldorf, RWB Nr. 1563)

E.4 Neuorientierung der SPD, Einladung

Einer zunehmend selbstkritischen Neuorientierung der SPD, die sich letztlich im Godesberger Programm niederschlagen sollte, kamen in nicht unerheblichem Maße ihre Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen zugute. In geduldiger Kleinarbeit wurden diese Erfahrungen umgesetzt und an der „Basis“ geworben.

(Quelle: StA Detmold, D 72 A. Berlin Nr. 150; vgl. Abb. 6.10)

E.5 Fronleichnamsprozession in Köln, Foto

Der Ruch der Religionsfeindlichkeit hing der SPD noch lange an, so daß die demonstrative Teilnahme des Kölner SPD-Oberbürgermeisters Theo Burauen auch als Sympathiewerbung für die Sozialdemokratie zu verstehen ist.

(Quelle: 100 Jahre deutsche Sozialdemokratie, Bilder und Dokumente, Hannover 1963; vgl. Abb. 6.8)

E.6 Wahlflugblätter

Das Image der beiden großen Parteien – die eher katholisch geprägte CDU und die eher religionsferne SPD – machte besonders den evangelischen Wählern die Entscheidung schwer. Im Landtagswahlkampf von 1962 werden sie von CDU und SPD direkt angesprochen.
(Quelle: Archiv des Landtags NRW, A 4101/V/116 (SPD), A 4101/V/129 (CDU))

E.7 Plakat der SPD zur Bundestagswahl 1953

Die Sozialdemokratie in den frühen 1950er Jahren: Deutschlandpolitische Prioritäten und ein Rest von Klassenbewußtsein zeichnen die Wahlplakate aus.
(Quelle: StA Detmold, D 81 Nr. 2484; vgl. Abb. 6.7)

E.8 Plakat der SPD zur Landtagswahl 1947

Auf dem Plakat für die Landtagswahl 1947 liefert die nordrhein-westfälische Industrielandschaft den Hintergrund für die sozialdemokratischen Sozialisierungsforderungen.
(Quelle: Archiv der Sozialen Demokratie, Plakate 1947, Nr. 154)

E.9 Zulassungsantrag der Liberal-Demokratischen Partei, Aktenstück

Die 1945 gegründete FDP – damals noch Liberal-Demokratische Partei – beantragte am 29. Dezember 1945 bei der Militärregierung (unter Beifügung ihres Programms in deutscher und englischer Version) ihre Zulassung.
(Quelle: StA Detmold, D 72 Staercke Nr. 9)

E.10 Flügelkämpfe in der FDP, Aktenstücke bzw. Karikatur

Zu Beginn der 1950er Jahre war die FDP heftigen Flügelkämpfen ausgesetzt. Ein national-konservativer Flügel formulierte das „Deutsche Programm“, der traditionell linksliberale Teil das „Liberales Manifest“ des Emser Parteitages von 1952. In der Karikatur (der SPD-Wahlzeitschrift 1953) versucht der Parteivorsitzende Blücher die widerstreitenden Flügel zusammenzuhalten, nämlich den nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Friedrich Middelhaue (rechts) und seinen baden-württembergischen Kollegen Reinhold Maier (links).
(Quelle: StA Detmold, D 72 A. Berlin Nr. 16 bzw. Archiv des Deutschen Liberalismus; vgl. Abb. 6.13)

E.11 Plakat der FDP zur Landtagswahl 1947

Anfängliche Reformvorschläge zur Wirtschaftsordnung standen bei der FDP 1947 schon nicht mehr zur Diskussion. Kräftig rauchende Schornsteine als Symbol einer freien Wirtschaft zielen gegen jede – im Programm etwa von CDU und SPD stehende – Form einer Sozialisierung.
(Quelle: Archiv des Deutschen Liberalismus; vgl. Abb. 6.11)

E.12 Gründung der CDU im Rheinland, Aktenstück

Am 2. September 1945 fand in Köln die Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Partei des Rheinlandes statt, eine neue Partei neben den schon existierenden. In bewußter Abkehr von der früheren katholischen Zentrumsparterie stellt sich die CDU als überkonfessionelle christliche Partei dar.
(Quelle: HStA Düsseldorf, RWV 26 Nr. 1027)

E.13 Landtagswahl 1954, Plakat

Wahltaktische Überlegungen ließen die CDU die parteiinternen Grundsatzdiskussionen und z.T. auch persönlichen Auseinandersetzungen hintanstellen. So plakatierte man Arnold und Adenauer Hand in Hand.
(Quelle: Der Spiegel vom 23. 6. 1954; vgl. Abb. 6.4)

E.14 Erzbischof Frings, Zeitungsausschnitt

Der Zeitungsartikel zur politischen Bedeutung und Parteinahme des Kölner Erzbischofs Kardinal Frings rückt diesen in die Nähe des mutigen Streiters gegen NS-Terror, den Kardinal Graf Galen. Während der westfälische Kirchenfürst sich in parteipolitischen Stellungnahmen öffentlich zurückhielt, nahm der rheinische Kardinal offen Partei für die CDU und bestimmte damit auch die weitere Entwicklung in der Frage, in welcher Partei sich der politische Katholizismus binden sollte, Zentrum oder CDU.

(Quelle: *Die Zeit*, 15. 9. 1949, S. 2; vgl. Abb. 6.5)

E.15 Ahlener Programm der CDU, Broschüre

Im „Ahlener Programm“ vom Februar 1947 bekennt sich der Zonenausschuß der CDU zu einer „gemeinwirtschaftlichen Ordnung“ unter Abkehr von dem „kapitalistischen Gewinn- und Machtstreben“.

(Quelle: *HStA Düsseldorf*, RWV 26 Nr. 867; vgl. Abb. 6.3)

E.16 Plakat der CDU Landtagswahl 1947

Ein Wahlplakat der CDU in der Landtagswahl 1947 zu den Wirtschaftsfragen ist deutlich von der in Ahlen angenommenen Programmatik geprägt.

(Quelle: *HStA Düsseldorf*, RWP Nr. 608)

E.17 Plakat der CDU zur Bundestagswahl 1949

Ein stillschweigendes Abgehen vom Ahlener Programm und die Hinwendung zur Marktwirtschaft verdeutlicht das Plakat zur Bundestagswahl 1949. Als Ergebnis ihrer Politik hält sich die CDU die unerwartete Kaufkraft der DM zugute.

(Quelle: *Stadtarchiv Bielefeld*, Plakatsammlung; vgl. Abb. 6.6)

E.18 Koalitionsverhandlungen, Aktenstücke

Die bis 1950 in Nordrhein-Westfalen regierende große Koalition hätte nach dem Willen des Ministerpräsidenten Arnold durchaus eine Fortsetzung finden können. Übergeordnete Parteiinteressen der Bundespolitik und nicht zuletzt massive Pressionen von seiten des Bundesvorsitzenden der CDU, Adenauer, haben dies verhindert. Deutlich wird in den gezeigten Schriftstücken auch die innerparteiliche Spannung.

(Quelle: *HStA Düsseldorf*, RWN 85 Nr. 2, NW 97 Nr. 29; *Archiv der Sozialen Demokratie*, Nachlaß Henßler Nr. 35)

E.19 Änderung des Wahlrechts („Grabensystem“), Karikatur

Nicht zuletzt die bekanntgewordenen Absichten Adenauers zur Änderung des Wahlrechts („Grabensystem“) mit der Benachteiligung kleiner Parteien führte zum Sturz der Regierung Arnold und der Bildung der ersten sozialliberalen Koalition in Nordrhein-Westfalen am 20. Februar 1956.

(Quelle: *Frankfurter Rundschau* vom 9. 2. 1956; vgl. Abb. 6.14)

E.20 Sturz Arnolds, Zeitungsausschnitte

Der Sturz Arnolds, den SPD und FDP durch ein konstruktives Mißtrauensvotum im Düsseldorfer Landtag herbeiführten, war ein Ereignis, das weit über die Landesgrenzen hinaus zur Kenntnis genommen und auch entsprechend kommentiert wurde. Nationale und internationale Presse gingen auf ihren ersten Seiten darauf ein.

(Reproduktionen)

E.21 Programmatik der Wirtschaftspolitik, Broschüren und Karikatur

Die Vorschläge zur Umgestaltung der deutschen Wirtschaft sahen von seiten der SPD die Sozialisierung der Grundindustrien vor. Obwohl von dem nordrhein-westfälischen Landtag am 6. August 1948 ein Gesetz zur Sozialisierung der Kohlenindustrie beschlossen wurde, versagte ihm die britische Militärregierung ihre Genehmigung.

Am 21. Dezember 1951 fand in Düsseldorf ein Streitgespräch der beiden führenden Wirtschaftstheoretiker statt, zwischen dem Experten der SPD, Erik Nölting, Wirtschaftsminister des Landes von 1946 bis 1950, und dem „Vater des Wirtschaftswunders“, Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard von der CDU. Schon 1950 hatte übrigens eine Karikatur die beiden Professoren im Ring gezeigt.

(Quelle: HStA Düsseldorf, RWV 2 Nr. 98 und 99)

E.22 Wahlplakate

Die Vielfalt der bei den ersten Wahlen nach 1945 noch kandidierenden Parteien hat ihren Niederschlag in einer Fülle von Wahlplakaten gefunden, die in (später aufgebener) ansprechender Darstellung das Anliegen der Parteien den Wählern nahebringen wollen. Die Auswahl zeigt einen Querschnitt der erhalten gebliebenen Einzelstücke.

(Quelle: HStA Düsseldorf bzw. StA Münster)